

18. Infobrief

Juli 2005

Lokale Agenda trägt Früchte

Zum dritten Mal in Folge, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, berichtet der InfoBrief der BI „Zukunft Lubminer Heide“ nun über die Geschehnisse um die „Lokale Agenda 21“. Sie sehen: die Sache liegt uns am Herzen.

Was viele nicht oder nicht mehr wissen ist, dass dieser Prozess bereits vor ziemlich genau fünf Jahren seinen Anfang genommen hatte. Schon damals waren, auf Initiative der BI, mehrere Arbeitsgruppen ins Leben gerufen worden, die Konzepte zur Seebadentwicklung erarbeiten sollten. Am 31.8.2000 wurden die Ergebnisse von der Gemeindevertretung verabschiedet - auf Nimmerwiedersehen.

Man darf hoffen, dass das diesmal anders wird. Die Teilnehmer der Lokalen Agenda haben ein umfangreiches Programm aus einem Guß entwickelt. Es besteht aus dem Leitbild, den Leitlinien sowie einem detaillierten und ganz konkreten Plan von Maßnahmen und Projekten.

Die Zwischenergebnisse der Agenda 21 wurden in der GV vom 7.7.2005 zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wurde beauftragt, den Agenda-Prozess fortzuführen. Dabei wird mit der Umsetzung von Sofortmaßnahmen durch die Arbeitskreise bereits begonnen. Der Beschluss sieht vor, dass die Ergebnisse im Sinne einer professionellen Darstellung grafisch aufgearbeitet werden. Der erarbeitete Text soll unter anderem über die Internetseiten Lubmins (<http://www.seebad-lubmin.de/>) zugänglich gemacht werden. Es ist vorgesehen, ab dem Jahre 2006 für ausgewählte Projekte Fördermittel zu beantragen.

Jenseits des finanziellen Aspektes ist noch ein weiterer Punkt hervorzuheben, der für die langfristige Entwicklung eines Ortes vielleicht noch wichtiger ist. Es geht dabei um den kontinuierlichen und en-

gagierten Einsatz derer, die diese Agenda erarbeitet haben. Keiner der Beteiligten hat die mühselige Arbeit in den Ausschüssen irgendwo auf halber Strecke hingeworfen. In den Menschen dieses Schlagens - Menschen, die bereit sind für ihren Ort etwas zu tun - liegt das Potenzial, mit dem eine Gemeinde auf die Dauer bestehen und auch schwere Aufgaben bewältigen kann. Unsere Anerkennung gebührt allen, die sich hier eingebracht haben. Die beharrliche Mitarbeit dieser Bürger ist der Grund, weshalb unser Agendaprozess so schnell konkrete Ergebnisse hervorbringen konnte.

Kernpunkt der Agendaergebnisse ist das Leitbild. Es lässt sich auf die folgenden Hauptaussagen zusammenfassen:

1. Lubmin soll sich zu einem lebendigen und umweltbewussten Wohnort und Grundzentrum mit einem hohen Niveau an Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen für die Region entwickeln.
2. Lubmin soll sich zu einem tourismusfreundlichen Seebad mit anspruchsvollen Erholungsmöglichkeiten für Familien, Senioren und Jugendgruppen weiterentwickeln.
3. Lubmin soll sich zu einem umweltbewussten und innovativen Industriestandort entwickeln, der durch Revitalisierung des ehemaligen KKW-Geländes den überörtlich bedeutsamen Wirtschaftsfaktor für die Region stärkt und schafft, ohne den Charakter des Seebades nachteilig zu beeinflussen.

Wer sich nach Lektüre der aufgezählten Punkte verdutzt die Augen reibt, hat ganz recht: diese Aussagen vermag auch die Satzung der BI kaum schöner in

Worte zu fassen. Es muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass zwar etliche Mitglieder der BI an dieser Agenda mitgewirkt haben, dass aber dieser Personenkreis eine Minderheit dargestellt hat. Das, was hier erarbeitet wurde, ist ohne Zweifel Konsens in der Lubminer Bevölkerung.

Die Aussagen des Leitbildes werden in den Leitlinien detaillierter ausgeführt. Darin wird beleuchtet, wie Lubmin in konkreten Einzelaspekten dasteht, und wie die perspektivische Entwicklung aussehen soll.

Den Abschluss bildet der Maßnahmenkatalog, der Punkt für Punkt ausführt, was konkret zu tun ist. Darunter sind auch eine Reihe von Sofortmaßnahmen ausgezeichnet. Die insgesamt etwa 100 Maßnahmen reichen von

1.01) Jährlicher Frühjahrsputz bis

Infobrief-Leser wissen mehr!

HUCH - was ist denn bei uns in Lubmin los? Skandal über Skandal in unserem Ort wird durch die Presse aufgedeckt!

Am Lubminer Strand liegen Berge von Seegras. Damit fing die Artikelserie in den lokalen Zeitungen an. „*Dergleichen hat es in den letzten Jahren nicht gegeben*“ stichelt Frau M. in der OZ vom 30.6.2005. Soviel weiss aber die Zeitung: in den flachen Gewässern vor Lubmin und Vierow wächst das Seegras üppiger als andernorts. Einmal die Woche wird das Material zusammengeharkt und weggefahren. Das Foto über dem Artikel - es zeigt Haufen sorgsam zusammengelegten Seegrases - zeugt davon.

Für einen wirklichen Skandal scheint es also nicht recht zu reichen. Immerhin: am Strand liegen hässliche Wasserlachen. Sie riechen anstößig, und es wachsen komische Sachen darin. Sie sind die Spätfolge der Strandaufspülung, die auf Betreiben der EWN-Leitung und unter Beifall nicht zuletzt von Frau M. durchgesetzt worden war.

Die BI hatte gewarnt: der Sand ist zu fein! Das Resultat ist heute allenthalben sichtbar. Die feinen Sandkörner liegen so kompakt, dass die Feuchtigkeit nicht absickern kann. An flachen Stellen in Wassernähe bilden sich kleine Lachen von stehendem Wasser, die nicht austrocknen. „*Ich würde sogar schwarzen Sand nehmen!*“ hatte Frau M. im Vorfeld der Aufspülung 2003 mit ganzer Inbrunst bekannt. Den hat sie nun bekommen.

5.17) Prüfung aller Satzungen und ggf. deren Vollständigkeit

Man kann Lubmin zu der geleisteten Arbeit gratulieren. Die Agenda ist erfolgreich und in kurzer Zeit formuliert worden. Sie ist unser Gesellenstück. Was nun folgen muss, ist das Meisterwerk. An die 100 Punkte aus dem Maßnahmenkatalog wollen umgesetzt werden. Das ist kein geringes Pensum. Auf dem Wege werden neue Aufgaben auftauchen. Wenn aber die Lubminer Bürger weiterhin den Einsatz zeigen, wie man ihn bei der Erarbeitung der Agenda gesehen hat, dann brauchen wir uns um unseren Ort wenig Sorgen machen. Lubmin steht nicht am Ende, sondern am Anfang eines langen Weges. Alle sind gefordert, mit zu machen.

Zurück zum Mediengeschehen: die Meldung vom 30.6. hatte das Terrain bereitet für den nächsten Schlag. Schon am 1.7.2005 erscheint ein weiterer Artikel: „*Heimvolkshochschule übt scharfe Kritik an der Gemeinde Lubmin*“. 60 Jugendliche im ökologischen Jahr wollten den Lubminer Strand beräumen und haben keine Arbeit bekommen. Eine Falschmeldung. Richtig ist, dass die Jugendlichen tatsächlich am Strand waren. Leider war es mit der Moral zu Ende, als Unannehmlichkeiten wie Bücken, Heben und Tragen ins Spiel kamen. Selbst die Betreuer der Gruppe konnten die Motivation nicht verbessern. Nach kurzer Zeit war der Einsatz beendet. Die vorgeschobene Begründung lautete, es habe nicht für alle Helfer Arbeitshandschuhe gegeben. Ja, das kann schon sein: Lubmin hat vermutlich keine 60 Paar Arbeitshandschuhe auf Halde zu liegen.

Doch halt: wem diese fein abgestimmte Artikelserie merkwürdig vorkam, der sah sich die Autorenkürzel an. Urheber in beiden Fällen ist ein gewisser S.J. Wer öfter mal die „*Seebrücke*“ besucht, mag ihn kennen. Herr J. ist dort regelmäßig zu Gast.

Die vorläufige Krönung kam am 2.7.2005. „*Lubminer Hoteliers sind verärgert*“ prangte es zweispaltig und mit besonders dicker Überschrift an gewohnter Stelle. Die Arbeiten an der Strandpromenade seien aus heiterem Himmel über ihnen hereingebrochen, beklagten sich dort vier Lubminer Gastgeber. Einwohnerversammlungen, Bekanntmachungen im Lubminer Kanal, öffentliche Aushänge und persönli-

chen Informationen durch den Bürgermeister hatten der Dame und den Herren nicht genügt. Unter den Beschwerdeführern ist wiederum Herr J.s neue Volontärin, Frau M.

Noch schlimmere Verfehlungen werden in diesem Artikel aufgearbeitet. Man stelle sich vor: der Bürgermeister wollte nicht an Ort und Stelle allerlei Schilder so aufhängen, wie der Vorsitzende des Lubminer Tourismus- und Gewerbevereins das wünschte. Als großzügig angeboten wurde, die Schilder, über die der Bauausschuss noch zu entscheiden hatte, selbst aufzustellen, spurte der Bürgermeister noch immer nicht. Ebensowenig wollte er, wie geheissen, sogleich die Edeka-Baustelle sichern gehen. (Wem gehört die eigentlich - der Gemeinde oder dem Bau-träger?)

Schlaue Rätefüchse haben es wahrscheinlich schon geahnt: auch dieser Artikel stammt aus der Feder von Herrn J. Wir werden wahrscheinlich nie erfahren, was ihn trieb, sich mit seiner Arbeit als Journalist vor einen politischen Karren spannen zu lassen. Sicher sind die Artikel keine Glanzstücke journalistischer Recherche. So basiert der Artikel über die Heimvolkshochschule auf nichts weiterem als einem einzigen, vermutlich telefonischen Gespräch. Auch der Artikel über die echauffierten Hoteliers ist nicht mehr als die Wiedergabe von deren Äusserungen. Keine weitere, an anderer Stelle eingeholte Auskunft wird zitiert. Wahrscheinlich musste der Autor nicht einmal die Gaststätte wechseln, um die vier Stimmen zusammen zu bekommen.

Herr J. kann, so er will, seine Artikel auch anders recherchieren. Ein repräsentatives Beispiel - zumal eines, das mit unserem Ort nichts zu tun hat - möge genügen. In der von ihm verfassten Meldung „Viel Wirbel um Tötung von 6950 Kormoranen“, OZ vom 7.7.05, werden Informationen aus mindestens vier Quellen verarbeitet: dem Umweltministerium, dem NABU, dem WWF und von einem Jäger. Der journalistische Serienpfusch ausgerechnet in den Berichten über Lubmin lassen nur diesen einzigen Schluss

zu, dass diese Artikel keinen journalistischen Zweck verfolgten.

Ein oder zwei Gehaltsstufen oberhalb von Herrn J. dürfte man wissen, dass man sich vor Gefälligkeitsjournalismus hüten muss. Vergangenheit und Zukunft einer Zeitung stellen eine Verpflichtung dar. Wo sorgfältige Recherche und Distanz zum Thema auf der Strecke bleiben, stehen dem Medienmissbrauch Tür und Tor offen. Wenn man sich aber auch noch einbildet, die raffinierte Orchestrierung einer tendenziösen Artikelserie wenige Tage vor einer wichtigen Gemeindevertreter-sitzung am 7.7.2005 werde dem Mann oder der Frau auf der Straße schon nicht auffallen, darf sich über die Folgen nicht wundern. Man selber ist nie ganz so schlau, und die Menschen nie ganz so dumm, wie mancher sich das in seiner Phantasie einbilden mag.

Was die Lubminer anbelangt: sie werden es kaum schätzen, wenn man sie für dumm verkauft. Eben-sowenig wird es ihnen gefallen, wenn auf diese Weise versucht wird, Einfluss auf die Lubminer Politik auszuüben.

Die Zeitungsartikel sind Kanonensalven in einer Schlacht, bei der es um mehr geht als das Seegrass am Strand oder die genaue Uhrzeit des Baubeginns an der Strandpromenade. Am Ende des Artikels vom 15.7.2005, „Junge Lubminer regen ein Bürgerbegehren an“ wird beinahe beiläufig ausgesprochen, worum es geht. Ein Zeichen, so wird geäußert, solle gesetzt werden. Auf Hochdeutsch: Der Bürgermeister soll beschmutzt werden. Seine Fraktion ist übrigens nicht, wie es in dem Artikel heisst, über die Bürgerinitiative, sondern allenfalls auf der Liste des FWL in die Gemeindevertretung gewählt worden. Und da wir gerade dabei sind: die Zahl der Abgeordneten von der Liste der CDU beträgt fünf, nicht vier.

Wie auch immer diese Schlacht ausgehen mag, der Verlierer steht bereits fest: es ist Lubmin und sein Ansehen als Seebad.

Gasalarm! Es stinkt im Küstenwald!

Nun kommt das Gas also doch aus Russland nach Lubmin. Es bringt fossile Energie nach Europa und nach der Verstromung auch Wirtschaftswachstum und endlich neue Arbeitsplätze. Nach dem abgeschalteten Kernkraftwerk, den Solarzellen am Einlaufkanal und den viel diskutierten Offshore-Windmühlen in der Ostsee endlich wieder eine so-

lide Basis für den Energiestandort Lubmin, so dass sich schwarz-gelbe Träume erneuter Kernspaltung am Greifswalder Bodden hoffentlich in den neuen Kohlendioxid-Wolken auflösen.

Nun wird die Lubminer Heide mit Gasleitungen aller Dimensionen verknötet. Zunächst die bereits planfestgestellte Leitung mit 800mm Durchmesser aus

Brandenburg kommend, um die beiden Gaskraftwerke ab 2007 zu speisen, dann die Baltic-Röhre mit 1200mm aus der Ostsee anlandend, die ab dem Jahre 2012 Gas nach Brandenburg und weiter nach Südeuropa befördern wird.

Die verschiedenen Röhrenknoten mit ihren Druck-, Verteiler- und Servicestationen werden Platz genug im Lubminer Küstenwald finden.

Zunächst die EHDL 800, die in einem weiten Bogen durch den Wald eine breite kahle Schneise schlagen wird. Im Prozess der öffentlichen Anhörung zur Planfeststellung hat die BI eine von allen Trägern öffentlicher Belange (TÖB) akzeptierte Alternative vorgeschlagen, die als Trassenvariante in die Abwägung einbezogen werden musste. Sie sieht vor, dass die Gasleitung an der Landstrasse zu den EWN in Höhe des Plattenweges (Freesendorfer Weg) zur Verringerung des Risikos einer Gaswolkenexplosion im Havariefall in zwei Leitungen mit 600mm aufgesplittet und dann beidseitig des Plattenweges bis zur Querung des Auslaufkanals geführt wird. Zwar sind zwei kleinere Leitungen teurer als eine grössere, aber dafür wären sie wesentlich kürzer, die Trasse brauchte nicht gerodet zu werden und selbst die Baustrasse wäre schon vorhanden.

Als Hauptargument für den großen Trassenbogen durch den Wald wird jedoch ständig ein Sicherheitsabstand zum Zentralen Abklingbecken (ZAB) angeführt, in dem noch bis Mitte 2006 die restlichen Brennstäbe aus dem aktiven KKW-Betrieb abkühlen müssen. Mit verschiedenen Gutachten soll das Gefahrenpotenzial so dramatisiert werden, dass im Umkreis von 900 Metern keine Gasleitung verlegt werden darf. bei der kleineren Doppelleitung soll der Abstand 600m betragen. Das Katastrophenszenario mit Gasleitungsbruch, ZAB-Einbruch und freigesetzter Radioaktivität kann doch aber nur dann eintreten, wenn beide Gefahrenpotenziale - Gas in der berstenden Leitung und strahlende Brennstäbe im ZAB - zur gleichen Zeit vorhanden sind. Das werden sie aber nicht sein. Für die Errichtung des Gaskraftwerkes wurden bisher stets 35 Monate Bauzeit angegeben. Demnach würde der erste Block also frühestens 2008/2009 in Betrieb gehen können und dann auch erst Gas durch die Leitung strömen müssen, wogegen das ZAB doch bereits 2006 beräumt sein wird und über zwei Jahre rückgebaut werden kann. Somit steht selbst einer Verlegung der 800-er Leitung entlang des Freesendorfer Weges nichts im Wege. Ja, es wäre sogar noch ein wesentlich kürzerer Trassenverlauf weiter östlich über das EWN-Gelände denkbar.

Da dieses Sicherheitsargument bei der Anhörung durch widersprüchliche Aussagen der Fachleute selbst ins Wanken geriet, musste die Ganzheit der Industriefläche erhalten, die schliesslich nicht mit einer Gasleitung belastet sein darf. Aber auch dieser Anspruch kann anhand praktizierter Lösungen andernorts schnell widerlegt werden.

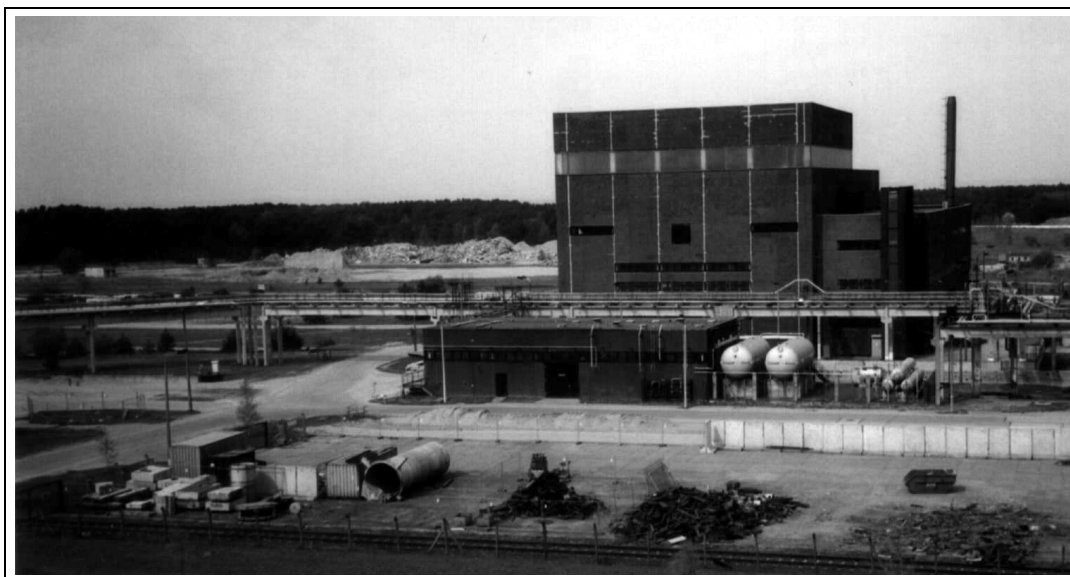
Das Bergamt Stralsund, das das Planfeststellungsverfahren im Auftrage des Wirtschaftsministeriums durchführte, erkannte natürlich die tönernen Füße, auf denen die von den EWN vorgebrachten Argumente gegen eine den Wald schonende Lösung stehen. So wurde im April 2003 im Beschluss zur Planfeststellung unter Ziffer 1.2.7 festgestellt, dass bei Terminverschiebungen des Gasleitungsbaues über den seinerzeit geplanten Inbetriebnahmetermin der Leitung gegen Ende 2004 hinaus das Verfahren wieder aufgegriffen und die Planung evtl. wieder geändert werden muss. Das ist eine wahrhaft salomonische Festlegung, die einen Kompromiss in der Frage der Trassenführung zulässt.

Da nun diese Terminverschiebung so weit fortgeschritten ist, dass es mit absoluter Sicherheit zu keiner Überschneidung der beiden Gefahrenpotenziale kommen wird, erinnerte die BI das Bergamt Stralsund im Februar 2005 an diese Auflage und forderte die Wiederaufnahme des Planfeststellungsverfahrens für den betreffenden Trassenabschnitt durch die Lubminer Heide. Wie erwartet wurde dieses Begehren lapidar zurückgewiesen, da ja der Baudermin für die Leitung noch nicht feststehe. Damit geben wir uns keineswegs zufrieden und werden unserem Anspruch notfalls auf juristischem Wege Nachdruck verleihen.

Denn: die geplante Trasse führt an der Grenze des B-Plangebietes in großem Bogen mitten durch den Küstenwald, daneben ein vier Meter hoher Schutzwall mit Drahtzaun. Die dahinterliegende Fläche von fast 30 Hektar steht dann als Wald nicht mehr zur Verfügung. Wenn nun die Gasleitung aus Russland in Lubmin anlandet, kann das nur westlich der bereits eingezäunten Fläche erfolgen, da ja dort dann bereits Industrie angesiedelt sein wird. Also werden auch alle baulichen Anlagen für diese gewaltige Leitung mit 1,2 Metern Durchmesser noch dichter an der Ortslage errichtet werden und weiterer Wald dafür geopfert. Wer nun immer noch behauptet, dass diese Waldrodung den Seebadcharakter von Lubmin in keiner Weise stört, der verharmlost nicht nur die katastrophalen Folgen, sondern belügt die Bevölkerung trotz besseren Wissens und trotz der zahlreichen Hinweise, Einwände und konstruktiven

Vorschläge, die die Bürgerinitiative zum Thema Gastrasse vorgebracht hat. Noch ist der Küstenwald nicht verloren; denn noch besteht genügend Spiel-

raum für verträgliche Kompromisse, vorausgesetzt, Bereitschaft und Vernunft bestimmen das Handeln und nicht arrogante Rechthaberei.



Das Zentrale Abklingbecken (ZAB) ist der Stein des Anstoßes. Obwohl es 2006 beräumt sein wird, soll 2007 kein Gas daran vorbeigeleitet werden.

Berichte aus der Wissenschaft

„Es handelt sich um Material, das während der letzten Eiszeit angeschoben und abgelagert wurde. Dieser Sand ist unberührt und absolut frei von jedweder neuzeitlicher Verschmutzung.“

Wer sich seinerzeit für die Strandaufspülung interessierte, der weiß, wovon die Rede ist. Es ist der Sand aus den unberührten Tiefen des Auslaufkanales, der damals, im Jahre 2003, an den Lubminer Strand gespült wurde.

Die letzte Eiszeit, das ist eine Periode in der der berühmte Homo Neanderthalensis noch der Herr in Europa war. Dass dieser späte Spross der menschlichen Entwicklungslinie beachtliche Fähigkeiten bei Herstellung und Verwendung einfacher Waffen und Geräte an den Tag zu legen pflegte, weiß man unter Paläoanthropologen schon lange.

Was jedoch im Nachspiel der Lubminer Aufspülungsarbeiten zwischen den Sandmassen - vom TÜV Rostock und dem StAUN Ückermünde auf ein Jahrtausende hohes Alter datiert - an den Tag kam, kann nur als größte archäologische Sensation gewertet werden.

Vorzüglich erhaltene Überbleibsel von Beton- und Ziegelwerk etwa lassen kaum noch einen wissenschaftlich haltbaren Zweifel zu, dass die hier heimische Population des Neandertalers sich trefflich auf

die Errichtung fester Gebäude verstand.

Ähnlich beeindruckt ist die Fachwelt von Metallartefakten, die aufgrund ihrer Vergemeinschaftung im selben Grabungshorizont aus der gleichen Epoche stammen müssen. Vor allem exquisit gearbeitete Strukturelemente zeugen noch heute von dem fortgeschrittenen handwerklichen Können. Es weisen somit alle Indizien darauf hin, dass nicht nur die Kunst des Metallhandwerkes im allgemeinen, sondern im speziellen auch die Stahlverarbeitung schon lange vor dem Anbruch der Eisenzeit an der Boddenküste heimisch war.

Besonderes Aufsehen erregte indessen der Fund zahlreicher Kunststoffteile von imposanten Ausmaßen. Ihre verblüffende Ähnlichkeit mit rezenten Dränrohren könnte auf einen Zusammenhang mit den Mauerwerksfragmenten hindeuten. Da Naturkautschuk im vereisten Europa als Ausgangsmaterial ausscheidet, müssen die alten Neanderpommern zumindest über eine rudimentäre petrochemische Industrie verfügt haben.

Zur Zeit werfen die Ergebnisse noch mehr Fragen auf, als sie beantworten. Dienen die Fundstücke sakralen Zwecken, oder handelt es sich um Reste eines Profangebäudes? Der hohe Anteil an organischem Material im Erdreich deutet nach Meinung vieler

Experten auf einen landwirtschaftlichen Betrieb hin, vielleicht auch eine Torfstecherei. Die feine Körnung des umgebenden Sandes lässt dagegen ein prähistorisches Zementwerk vermuten.

Neue Aufschlüsse erhoffen sich die Forscher von einer weiteren Grabung an der Fundstelle im Lubminer Hafenbecken. Geplant ist, zu einer vielversprechenden Schicht etwa 7m unter dem Wasserspiegel vorzustoßen. Da die Auswertung des Fundmaterials unter Wasser zu aufwändig und kostspielig wäre, will ein Wissenschaftlerteam unter der Leitung von Professor W. aus Spandowerhagen das Aushubmaterial, wie schon früher praktiziert, auf dem Lubmi-

ner Strand ausbreiten. Anschliessend soll dort die exakte Sichtung, Katalogisierung und Auswertung der Fundstücke erfolgen.

Eine Warnung ergeht in diesem Zusammenhang an alle Hobbyarchäologen und wilden Schatzsucher. Sämtliche Fundstücke sind Eigentum des Landes Vorpommern gemäß Denkmalschutzgesetz M-V und somit dem Landesamt für Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern anzuzeigen. Die unautorisierte Entwendung von Fundgegenständen, ihre Beschädigung oder unsachgemäße Veränderung sind strengstens untersagt!

Unser Web-Tipp der Woche

Wenn Sie einen Computer mit Internetanschluss Ihr Eigen nennen, sollten Sie umgehend die Internetseiten von Investguide-MV (<http://www.investguide-mv.de/>) aufsuchen. Investguide-MV ist ein Gemeinschaftsprojekt der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Mecklenburg-Vorpommern mbH, der Wirtschaftsfördereinrichtungen der Landkreise und Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der MEDEOCOM GmbH.

Sie sollten sich spüten, denn was da steht, könnte bald von der Web-Seite entfernt werden. Folgen Sie den Links

→ weiter

→ Großstandorte

→ Synergiepark Lubminer Heide

Die Seite, auf der Sie landen, enthält ein Luftbild, das den Ortsrand Lubmins, den Lubminer Wald, das EWN-Gelände und das dahinter liegende Naturschutzgebiet einschließt.

Offensichtlich soll das mit dickem rotem Strich umrandete Areal das künftige Gewerbegebiet markieren. Wenn Sie genau hinsehen, fallen eine Reihe von Punkten auf.

1. Der oft zitierte 200 Meter breite Küstenschutzstreifen existiert nicht.
2. Das markierte Gebiet reicht einige hundert Meter über die heutige B-Plan-Grenze hinaus. Dies entspricht der Erweiterung des Industriegebietes bis dicht an die Ortslage heran, wie sie bereits von Wirtschaftsminister Dr. Otto Ebnet bei seinem Besuch in der „Seebrücke“ am 5.6.2004 ins Gespräch gebracht worden war.
3. Die freien, beräumten KKW-Flächen sind von dem markierten Industriegebiet ausgespart.

Es bestätigt sich hiermit voll und ganz, was die BI immer muniert hat: **der Wald soll geopfert werden, um die freien KKW-Flächen von der Wirtschaftsansiedlung auszunehmen.**

Marina Lubmin - Betreiber gesucht!

Den meisten Lubminern ist es noch gar nicht so richtig bewusst, aber es stimmt wirklich: Lubmin hat eine Marina. Im Zuge der Sanierung des Auslaufkanales (ein Schelm, wer Hafen dazu sagt) hatte man auf der Westseite nachträglich einen mittleren Schluck Boddenwassers einbetoniert, groß und tief genug für die üblichen Sport- und Freizeitboote. Gekostet hat das schöne Stück lumpige 2 Mio Euro - Peanuts

eben, wenn der Hafen ohnehin schon gegen 40 Mio. kostet.

Kaum war das Werk vollendet, wurde man einer juristischen Schwierigkeit gewahr: man hatte den Spaßhafen in das FFH-Gebiet hineingebaut. Das muß für die beteiligten Akteure eine persönlichkeitserweiternde Erfahrung gewesen sein: eine Sache, die man nicht durfte. Hatte man für gewöhnlich nicht alles

gedurft?

Nun wollen wir von der BI nicht voreilig meckern. Ist eine Marina nicht ein interessanter Beitrag zur touristischen Entwicklung unseres Ortes?

Die Pläne der EWN für Hafen und Marina waren bereits zur Expo 2000 ventiliert worden. Dennoch hat sich bis auf den heutigen Tag kein Betreiber für diese heiße Kartoffel gefunden. Irgendwann müsste aber auch die Marina mal den Betrieb aufnehmen. Ihre Errichtung ist aus dem gleichen Topf gefördert wie die des Hafens, und natürlich ist die Gewährung dieser Fördergelder auch mit den gleichen Bedingungen verknüpft.

Es muss also ein Betreiber für den neuen Sporthafen her. Das Exposé nach gegenwärtiger Perspekti-

ve sähe etwa wie folgt aus: attraktive Lage direkt an einem aufstrebenden Industriegebiet (zweiseitige Investorenliste), ausreichende Entfernung zum nächsten Ort, fast genau so weit zum nächsten Speiselokal oder einem Hotel. Strassenanbindung ist noch nicht vorhanden, aber durch das geplante Industriegebiet denkbar. Das Industriegebiet darf dabei natürlich nicht zerschnitten werden (siehe Gastrasse). Konkurrenz zu dieser Traumlage droht allenfalls aus Greifswald/Wieck sowie der Marina Kröslin mit ihren 500 Liegeplätzen.

Es geht auch anders. Wenn man auf die BI hört und Industrie glaubhaft mit Vorrang auf den freien Kraftwerksflächen ansiedelt, wird vielleicht noch was daraus.

Wechsel in der Gemeindevertretung

Seit dem 7.7.2005 ist Frau Christiane Fischer Mitglied der FWL-Fraktion in der Lubminer Gemeindevertretung. Ursache für dieses Nachrücken ist das Ausscheiden von Frau Angelika Strebe. Nachdem Frau Strebe im Amt Lubmin eine neue Stelle antritt, wurde aufgrund der Vorschriften bezüglich der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat ihr Austritt aus der Gemeindevertretung erforderlich.

Christiane Fischer hat daraufhin ihre Tätigkeit im Vorstand der BI „Zukunft Lubminer Heide“ nieder-

gelegt. Mit ihrem unermüdlichen Einsatz für unsere Ziele und Ideale hat sich Frau Fischer großen Verdienst um unsere BI erworben. Die verbleibenden Vorstandsmitglieder bedauern ihren Verlust, sind aber überzeugt, daß sie unserem Ort in ihrer neuen Funktion von großem Nutzen sein wird. Die Geschäfte der BI „Zukunft Lubminer Heide“ führen bis zur nahenden Vorstandswahl die verbleibenden Vorstandsmitglieder.

Versammlung

Wir laden alle Mitglieder ein zur Jahreshauptversammlung am Mittwoch, den 10.8.2005 um 19:30 im Schawi. Die vorläufige Tagesordnung umfasst die folgenden Punkte:

- Trassenverlauf Ergashochdruckleitung
- Berichte zur aktuellen Lage
- Rechenschaftsbericht des Vorstandes
- Wahl des Vorstandes
- Sonstiges

BI „Zukunft Lubminer Heide“ e.V, c/o Fritz-Reuter-Weg 15, 17509 Lubmin
Vorsitzender: Dr. Michael Drevlak, Kassenwart: Bärbel Rahn
Telefon: 03 83 54 / 22911, Email: vorstand@lubminer-heide.de
